

w i e n , 11.1. (apa) die oesterreichische industrie- und bergbauverwaltungs-gmb.h. stellte soeben ihren geschaeftsbericht fuer ihr erstes geschaeftsjahr, das von der gruendung der gesellschaft im juli 1956 bis zum 30. juni 1957 waehrte, der oeffentlichkeit zur verfuegung. der bericht wurde in der aufsichtsratsitzung vom 20. dezember 1957 geprueft und in ordnung befunden. die gesellschaft beruht bekanntlich auf dem sogenannten kompetenzgesetz vom 11. juli 1956 und einem gesellschaftsvertrag vom 27. juli 1956. die gesellschaft wurde am 31. juli ins handelsregister wien eingetragen. die bundesregierung, die ihre eigentumsrechte an der verstaatlichten industrie durch die gesellschaft ausuebt, hat mit dieser auch noch einen treuhandvertrag vom 2. august 1956 abgeschlossen. der bericht erinnert an diese rechtlichen grundlagen der gesellschaft und geht dann insbesondere in die schilderung ihrer taetigkeit in ihrem ersten geschaeftsjahr ein.

von aktuellem interesse sind hier namentlich die ausfuehrungen ueber die reorganisationsprobleme der verstaatlichten betriebe. hier wird unter anderem ausgefuehrt: der aufsichtsrat der gesellschaft hat die verschmelzung der aluminiumwerke ranshofen-gmbh., der oesterreichischen metallwerke-ag. und der berndorfer metallwarenfabrik arthur krupp ag. zu der vereinigte aluminium-werke-ranshofen-berndorf-ag. und die eingliederung der leichtmetall-gmbh. beschlossen. dem unternehmen wurde ein erp-kredit von 55 millionen und ein bundesdarlehen von 30 millionen schilling gewaehrt. die verschmelzung der oesterreichischen elektroindustrie-gmbh. mit der siemens-schuckert-werke gmbh. wurde im fruehjahr 1957 durchgefuehrt. ein antrag auf fusion der wiener lokomotivfabrik-ag. mit der simmering-graz-pauker-ag. konnte beschlussreif vorbereitet werden. durch reorganisation und bereinigung des produktionsprogrammes der beiden unternehmungen besteht hoffnung auf regieeinsparung und kapitalsfreisetzung durch neuordnung der materialwirtschaft.

wie der bericht weiter ausfuehrt, soll die beschaeftigung der der ddsq gehoerenden werft korneuburg und der schiffs-werft linz-ag. durch eine zweckmaessige konstruktion in zukunft sichergestellt werden. zur ueberpruefung der starkstromindustrie ist die heranziehung eines fuehrenden internationalen betriebswirtschaftswissenschaftlers vorgesehen. bei der wiener brueckenbau- und eisenkonstruktions-ag. ist die zusammenlegung der weitauseinanderliegenden betriebsstaetten in angriff genommen. die hofherr-schranz landwirtschaftliche maschinenfabrik-ag. wird sich auf die erzeugung einer neu entwickelten maehdreschertype, moderner kartoffel- und ruebenvollerntemaschinen und bindemaecher sowie auf das assembling von luftgekuehlten auslaendischen dieseltraktoren konzentrieren und die erzeugung von dreschmaschinen und anderen technisch ueberalterten maschinen einstellen.

als das schwierigste organisatorische problem erwies sich

...

...erwies sich die rekonzernierung der alpine, deren seinerzeitige konzerngesellschaften: steirische gussstahlwerke-ag., kaerntnerische eisen- und stahlwerke-ag., eisenwerke-ag. krieglach, stahl- und temperguss-ag., graz-koeflacher eisenbahn- und bergbau-gesellschaft, wurden durch das erste verstaatlichungsgesetz de jure selbstaendig gemacht, sind aber de facto weiter mit der alpine konzernartig verflochten. eine klare regelung ist insbesondere im hinblick auf die schilling-eroeffnungsbilanzen erforderlich. die gesellschaft hat die ausuebung der eigentumsrechte des bundes an den durch den staatsvertrag uebertragenen der erdoelwirtschaft dienenden unternehmungen uebernommen, deren vermoegenschaften sollen, soweit sie nicht zurueckzustellen sind, in die oemv eingebracht werden. auf dem erdoelgebiet ist es ferner gelungen, die fragen des foerderzinses, der abloeselieferungen, sowie der abrechnung der frueheren abloeselieferungen in einer fuer die oemv tragbaren weise zu regeln. die von der oesterreichischen stickstoffwerke-ag. beantragte genehmigung zur gruendung einer studiengesellschaft fuer petrochemie gemeinsam mit montecatini sa, mailand wurde vom aufsichtsrat genehmigt. durch einen neuen vertragsentwurf zwischen der kupferbergbau mitterberg-gmbh. und der montanwerke brixlegg-gmbh. duerfte die grundlage fuer eine kosten-deckende erzeugung mitterbergs gegeben sein. zu ende der berichtsperiode wurden vorarbeiten fuer ein bergbaufoerderungsgesetz eingeleitet.

die gesellschaft hat an 60 bilanzen der zugehoerigen unternehmungen (darunter 16 schilling-eroeffnungsbilanzen und 43 jahresabschlussbilanzen) mitgewirkt. es wurde darauf hingewiesen, eine ausreichende grundlage fuer eine aktive dividendenpolitik, unter beruecksichtigung der notwendigkeit einer gesunden selbstfinanzierung zu schaffen. verschiedene bilanzen konnten wegen noch ungeklaerter organisatorischer fragen, wegen des ausstehenden abschlusses der deutsch-oesterreichischen vermoegensverhandlungen und wegen der noch ungeruegelten ansprueche aus den wiener memoranden noch nicht erstellt werden.

an den 31 seiten umfassenden bericht schliesst sich ein 14 seiten umfassender statistischer ueberblick ueber die lage der verstaatlichten industrie an. (schluss) mzi3----0030

0200/sy